

Diese Seite wurde maschinell übersetzt [\[Link\]](#). Maschinelle Übersetzungen können Fehler enthalten, die die Klarheit und Genauigkeit beeinträchtigen können. Der Bürgerbeauftragte übernimmt keine Haftung für etwaige Unstimmigkeiten. Die zuverlässigsten Informationen und die größte Rechtssicherheit finden Sie in der verlinkten Originalversion auf Englisch. Weitere Informationen finden Sie in unserer [Sprachen- und Übersetzungsregelung \[Link\]](#).

Entscheidung in der Sache 703/2010/MHZ - Verzögerungen bei der Abwicklung eines Forschungszuschusses der Kommission an eine polnische Universität

Entscheidung

**Fall 703/2010/MHZ - Geöffnet am 06/05/2010 - Empfehlung vom 16/06/2011 -
Entscheidung vom 23/11/2011 - Betroffene Institution Europäische Kommission (Von der
Einrichtung teilweise angenommene Empfehlungsentwürfe) |**

Der Beschwerdeführer koordinierte ein Forschungsprojekt, für das die Kommission einer polnischen Universität einen EU-Zuschuss gewährt hatte. Im Laufe der Projektdurchführung ergaben sich Verzögerungen bei der Genehmigung der regelmäßigen Berichte der Universität durch die Kommission. Darüber hinaus leistete die Kommission eine weitere Vorauszahlung erst nachdem das Projekt bereits erfolgreich zum Abschluss gebracht worden war und die Universität der Kommission ihren Abschlussbericht sowie die geprüften Kosten übermittelt hatte, die den Summen der von der Kommission geleisteten Vorauszahlungen entsprachen. Die Kommission erklärte, eine Vorfinanzierung sei nicht gleichbedeutend mit einer Finanzierung vor der Entstehung von Kosten, sondern stelle einen Beitrag dar, der vor der Genehmigung der entstandenen Kosten durch die Kommission geleistet werde. Der Beschwerdeführer war damit nicht einverstanden und wandte sich an den Bürgerbeauftragten. Er machte geltend, bei der Abwicklung des Zuschusses durch die Kommission seien mehrere Missstände in der Verwaltungstätigkeit zu beklagen.

Der Bürgerbeauftragte stellte zwei Missstände in der Verwaltungstätigkeit fest. Einer davon betraf die Verzögerungen bei der Kommission und insbesondere ihre verspätete Vorauszahlung zu einem Zeitpunkt, zu dem die ausbezahlten Beträge nicht mehr für das Projekt genutzt werden konnten. Der andere bezog sich auf das Versäumnis, den Beschwerdeführer als Koordinator des Projekts über den direkten Schriftverkehr zwischen der Kommission und dem Rektor der Universität zu unterrichten. Der Bürgerbeauftragte legte einen Empfehlungsentwurf vor, in dem er vorschlug, die Kommission solle sich in einem Schreiben an den Rektor der Universität beim Beschwerdeführer und der Universität für die Verzögerungen entschuldigen,



insbesondere für die verspätete und „nutzlose“ dritte Vorfinanzierungszahlung. Zudem solle die Kommission in diesem Schreiben feststellen, dass die Arbeit des Beschwerdeführers als Projektkoordinator in keiner Weise Anlass zu den Verzögerungen bei der Kommission gegeben habe. Der Bürgerbeauftragte fügte hinzu, in dem Schreiben solle die Kommission ferner die Arbeit des Beschwerdeführers und der Universität anerkennen, da diese in der Lage gewesen seien, das Projekt unter Inanspruchnahme geringerer EU-Finanzmittel als ursprünglich vorgesehen mit sehr guten Ergebnissen zum Abschluss zu bringen. Die Kommission akzeptierte den Empfehlungsentwurf des Bürgerbeauftragten im Wesentlichen und übermittelte dem Rektor ein Schreiben. Der Bürgerbeauftragte schloss daher den Fall ab.

Hintergrund der Beschwerde

1. Der Beschwerdeführer, ein polnischer Professor, ist Leiter der Abteilung für Genetik der Polnischen Universität (im Folgenden „Universität“).
2. Am 25. Juni 2004 schloss die Universität einen Vertrag [1] mit der Kommission (im Folgenden „Vertrag“), auf dessen Grundlage sie ihr die Marie-Curie-Gaststipendien für ein Projekt mit dem Titel „*Genomische Ansätze zur Pflanzenverbesserung*“ (im Folgenden „Projekt“) gewährte. Der Beschwerdeführer wurde als Projektkoordinator im Namen der Universität benannt.
3. In dem Vertrag wurde festgelegt, dass sich der Höchstbeitrag der EU für das Projekt auf 336 677 EUR belaufen würde. Detaillierte Zahlungsmodalitäten wurden im zweiten Anhang des Vertrags mit der Überschrift „Allgemeine Bedingungen“ angegeben.
4. In dem Vertrag heißt es, dass das Projekt am 1. Juni 2004 beginnt und bis zum 31. Mai 2008 läuft, insgesamt 48 Monate. Das Projekt wurde in vier Berichtsperioden mit folgenden Laufzeiten unterteilt: P1, endend am 30. Mai 2005 (Monate 1-12); P2, endend am 30. Mai 2006 (Monate 13-24); P3, endend am 30. Mai 2007 (Monate 25-36) und P4, endend am 30. Mai 2008 (Monate 37-48).
5. Gemäß den Artikeln 4 und 5 des Vertrags musste die Universität der Kommission für jeden Zeitraum einen Bericht vorlegen. Dies musste innerhalb von 45 Tagen nach dem Enddatum des jeweiligen Zeitraums geschehen. Artikel 6.1.b des Vertrags in Verbindung mit Artikel II.7.2.b der Allgemeinen Bedingungen sah vor, dass die Universität einen ergänzenden Bericht vorlegen musste, wenn sie zusätzliche Vorfinanzierungen benötigte, die am Ende der genannten Zeiträume nicht vorgesehen waren. Der Projektkoordinator musste die Berichte online unter Verwendung des SESAM-Systems der Kommission vorlegen. Er musste auch die Berichte ausdrucken und per Post versenden.
6. Am 4. August 2004 zahlte die Kommission der Universität die erste Vorfinanzierung für das Projekt (95 079 EUR).



- 7.** Am 15. Juli 2005 legte der Beschwerdeführer der Kommission den ersten Bericht (Bericht P1) vor, den diese am 18. Oktober 2005 genehmigte. Da die geltend gemachten Kosten unter 70 % der ersten Vorfinanzierung lagen, wurde gemäß Artikel 6.1.b.ii des Vertrags [2] von der Kommission keine Zahlung für den Zeitraum P1 geleistet.
- 8.** Am 15. November 2005 erhielt die Kommission die ergänzenden Berichte der Universität. Am 22. Dezember 2005 genehmigte sie sie und zahlte die zweite Vorfinanzierung in Höhe von 107 322,64 EUR, da die Universität inzwischen 70 % der ersten Vorfinanzierung ausgegeben hatte.
- 9.** Am 15. Juli 2006 übermittelte der Beschwerdeführer den Bericht über den zweiten Berichtszeitraum (Bericht P2), der von der Kommission am 10. Oktober 2006 gebilligt wurde. Da die geltend gemachten Kosten weniger als 70 % der zweiten Vorfinanzierung ausmachten, wurde für den Zeitraum P2 keine Zahlung geleistet.
- 10.** Am 12. und 15. Juli 2007 übermittelte der Beschwerdeführer einen Bericht über die dritte Phase des Projekts (Bericht P3).
- 11.** Am 18. März 2008 forderte die Kommission den Beschwerdeführer auf, im Bericht P3 einige Korrekturen vorzunehmen.
- 12.** Am 16. Juni 2008 übermittelte der Beschwerdeführer die vollständige Fassung des Berichts P3. Am 17. Juni 2008 billigte die Kommission den Bericht P3.
- 13.** In der Zwischenzeit endete das Projekt am 31. Mai 2008. Die Universität ordnete damit ein Audit für die gesamte Laufzeit des Projekts an (vom 1. Juni 2004 bis 31. Mai 2008) [3] .
- 14.** Der Abschlussprüfer hat die endgültigen Schlussfolgerungen am 12. Juli 2008 (im Folgenden „Prüfbescheinigung“) abgegeben. In der Bescheinigung verwies der Prüfer auf die beiden Finanzbeiträge der Kommission (die erste und die zweite Vorfinanzierung in Höhe von 202 897,46 EUR). Der Auditor bestätigte, dass die Universität 201 898 EUR für das gesamte Projekt ausgegeben hat.
- 15.** Am 15. Juli 2008 übermittelte der Beschwerdeführer den Bericht über den Zeitraum 4 (Bericht P4), den Abschlussbericht und die oben genannte Prüfbescheinigung über SESAM. Am selben Tag sandte er diese Berichte und das Audit-Zertifikat per Post zu. Die Berichte und die Prüfung gingen am 23. Juli 2008 bei der Kommission ein.
- 16.** Am 5. September 2008 forderte die Kommission den Beschwerdeführer per E-Mail auf, im Bericht P4 und im Abschlussbericht einige Korrekturen vorzunehmen. In seiner E-Mail verwies er auf das Audit-Zertifikat. Der Beschwerdeführer übermittelte die berichtigten Berichte am 15. September 2008.
- 17.** Am 1. Dezember 2008 übertrug die Kommission der Universität einen Betrag von 66 940,14 EUR. Die Kommission betrachtete diese Zahlung als die dritte Vorfinanzierung des



Projekts, die auf dem Bericht P3 basierte.

18. Am 6. Januar 2009 billigte die Kommission den Bericht P4 und den Abschlussbericht.

19. Nach Ansicht der Universität stellt der Betrag von 66 940,14 EUR, der von der Kommission am 1. Dezember 2008 auf das Konto der Universität gezahlt wurde, die endgültige Zahlung des Zuschusses dar. Infolgedessen gab die Universität im März 2009 diesen Betrag für ihre eigene Forschung aus, die nicht mit dem Projekt zusammenhängt.

20. Am 18. Juni 2009 ersuchte die Kommission den Prüfer um Erläuterungen zu ihren Honoraren, die sie am 21. Juni 2009 vorlegte.

21. Am 15. Juli 2009 teilte die Kommission dem Rektor der Universität ihre Absicht mit, ein Wiedereinzugsverfahren für die am 1. Dezember 2008 gezahlten 66 940,14 EUR einzuleiten. Eine Kopie des Schreibens der Kommission wurde dem Beschwerdeführer per Post übermittelt [4] [4]. Die Kommission forderte die Universität auf, die oben genannte Zahlung zurückzugeben, „*weil der von der Universität für das Projekt ausgegebene Betrag unter der Vorfinanzierung lag.*“

22. Im Namen der Universität beanstandete der Beschwerdeführer die oben genannte Entscheidung in einer Reihe weiterer Schreiben an die Kommission (vom 17. Juli, 30. Juli, 31. Juli, 11. August, 29. September und 3. November 2009).

23. Aus dem Schreiben des Beschwerdeführers vom 17. Juli 2009 geht hervor, dass die dritte im Dezember 2008 getätigte Vorfinanzierung die endgültige Zahlung sei. Die Kommission antwortete am 28. Juli 2009 und 11. September 2009. In diesen Antworten wies sie darauf hin, dass der Beschwerdeführer zu Unrecht der Auffassung gewesen sei, dass die am 1. Dezember 2008 geleistete Zahlung die endgültige Zahlung sei. Dies lag daran, dass "*die Bezeichnungsvorfinanzierung keine Finanzierung vor Kostenaufkommen bedeutet, sondern einen Beitrag vor der Genehmigung der angefallenen Kosten durch die Kommission. Der Bericht P3 wurde am 17. Juni 2008 von der Europäischen Kommission genehmigt. Diese dritte Vorfinanzierung in Höhe von 66 940,14 EUR, die am 1. Dezember 2008 gezahlt wurde, wurde unter Berücksichtigung der Daten berechnet, die im dritten periodischen Bericht angegeben wurden, und nicht unter Berücksichtigung des Abschlussberichts, den [der Beschwerdeführer] in der Zwischenzeit (23. Juni 2008) ebenfalls vorgelegt hatte. Letztere wurde erst am 9. Januar 2009 genehmigt.* [5] Die Kommission argumentierte ferner, dass sich auf der Grundlage des Abschlussberichts herausstellte, dass sich die von der Universität geltend gemachten und vom Prüfer bescheinigten Kosten auf 201 989,18 EUR beliefen, was unter allen Beiträgen der Kommission lag. Die Kommission stimmte zur Deckung der Kosten der Prüfung (3 606,56 EUR) zu. Die Kommission hatte der Universität jedoch noch zu viel gezahlt.

24. Am 11. August 2009 richtete der Beschwerdeführer Schreiben an Kommissionsmitglied Potocnik und den Generaldirektor der GD Forschung. Er beschwerte sich über die Gesamtfinanzverwaltung des Projekts durch die Dienststellen der Kommission.



- 25.** In ihrem Schreiben vom 11. September 2009 bedauerte die Kommission das Missverständnis in ihren Kontakten mit dem Beschwerdeführer und räumte *ein, dass dies „zu einem gewissen Grad“* auf Verzögerungen bei der wissenschaftlichen und administrativen Bearbeitung des Berichts P3 und des Abschlussberichts zurückzuführen sei. Die Kommission gab an, dass die erste Verzögerung *„im August 2007, nachdem der Beschwerdeführer den Bericht P3 vorgelegt hatte“* und später Mitte März 2008, als die Kommission den Beschwerdeführer zum ersten Mal aufforderte, Korrekturen vorzunehmen, eingetreten sei.
- 26.** In demselben Schreiben erläuterte die Kommission ferner, dass nach Eingang des Berichts P4 und des Abschlussberichts Ende Juli 2008, die im September 2008 abgeschlossen wurden, der wissenschaftliche Mitarbeiter dieses operativen Referats eine externe Überprüfung des Abschlussberichts beantragt hatte (eine Standardpraxis für Marie-Curie-Gaststipendien). Diese Überprüfung wurde Ende November 2008 abgeschlossen und bewertete das Projekt als *„gut bis exzellent“*. Im Januar 2009 wurde das Projekt von der operativen Einheit auf das Referat Verwaltung und Finanzen übertragen. Nach Prüfung des Abschlussberichts stellte das Referat Verwaltung und Finanzen fest, dass die von der Universität geltend gemachten und vom Prüfer bescheinigten Kosten geringer waren als die Beiträge der Kommission. Wenn Sie der Ansicht sind, *dass die von der Kommission am 26. November 2008 geleistete Zahlung, die sie Ihnen Anfang Dezember 2008 überwiesen hat, die endgültige Zahlung und nicht die Vorfinanzierung für den dritten Berichtszeitraum war, hätten Sie sich an die Kommission wenden und den erhaltenen Betrag zurückzahlen müssen, da der EG-Beitrag unter keinen Umständen zu einem Gewinn für die Auftragnehmer führen kann. Erst bei der Abwicklung der Abschlusszahlung erkannte die Kommission, dass eine Überzahlung stattgefunden hatte.*
- 27.** Der Beschwerdeführer reagierte am 29. September 2009 auf die vorstehenden Ansichten der Kommission. Er wies erneut darauf hin, dass die Kommission in ihren Antworten nicht zu ihrer Erklärung zur dritten Vorfinanzierung Stellung genommen habe, wonach sich die dritte Vorfinanzierung gemäß dem Vertrag nicht auf den Bericht P3 beziehen könne, da der Beschwerdeführer während dieses Projekts 70 % der erhaltenen Mittel nicht ausgegeben habe. Darüber hinaus gab es keinen Antrag des Beschwerdeführers auf zusätzliche Zahlungen. Der Beschwerdeführer stimmte zu, dass EU-Finanzhilfen von ihren Begünstigten nicht für Gewinne verwendet werden sollten. Die Zuschüsse sollten jedoch auch keine Verluste verursachen. Da die Kommission es versäumt hat, dem Beschwerdeführer mitzuteilen, was die Zahlung vom 1. Dezember 2008 tatsächlich war, wurde dieses Geld von der Universität für Forschung verwendet. Die Rückzahlung dieses Geldes würde zur Schließung des Instituts für Genetik der Universität führen. Die Kommission schädigte auch den Ruf des Beschwerdeführers und seiner Abteilung, weil sie den Rektor der Universität (der den Dekan der Fakultät informierte) darüber informierte, dass es *„unregelmäßigkeiten bei der Durchführung des Projekts“* gegeben habe.
- 28.** In ihrer Antwort vom 23. Oktober 2009 erklärte die Kommission, dass sie nicht verstehe, wie sie berechnete Erwartungen der Universität hätte wecken können, dass sie 269 341,60 EUR ausgeben könne. Die Universität beantragte und prüfte Kosten in Höhe von 202 897,46 EUR, und die Kommission genehmigte 205 504,74 EUR (die oben genannten Kosten zuzüglich der Prüfungskosten).



29. In ihrer weiteren Antwort vom 19. November 2009 auf das weitere Schreiben des Beschwerdeführers vom 3. November 2009 erklärte die Kommission, dass sie keinen weiteren Schriftwechsel mit dem Beschwerdeführer bezüglich der Finanzhilfe aufnehmen werde. Sie wies darauf hin, dass die Zahlungsaufforderung zur Einziehung der Überzahlung in Höhe von 64 322,82 EUR an den gesetzlichen Vertreter der Universität übermittelt werde. Der Beschwerdeführer wandte sich dann an den Bürgerbeauftragten.

Der Gegenstand der Untersuchung

30. Der Bürgerbeauftragte leitete eine Untersuchung zu folgenden Vorwürfen und Forderungen ein:

Vorwürfe

1. Die Kommission hat bei der Bearbeitung der Finanzhilfe eine Reihe von Verwaltungsunregelmäßigkeiten begangen.
2. Das Online-Berichtssystem der Kommission SESAM ist fehlerhaft.

Behauptungen

1. Die Kommission sollte ihre Fehler zugeben und sich dafür entschuldigen.
2. Die Kommission sollte dem Beschwerdeführer Schadensersatz in Höhe von 100 000 EUR zahlen.

Die Untersuchung

31. Die Beschwerde wurde am 12. März 2010 eingereicht. Der Bürgerbeauftragte übermittelte ihn der Kommission am 6. Mai 2010 mit einem Ersuchen um Stellungnahme bis zum 31. August 2010. Die Kommission übermittelte ihre Stellungnahme und ihre Übersetzung ins Polnische am 25. Oktober 2010, die dem Beschwerdeführer mit einer Aufforderung zur Stellungnahme übermittelt wurde. Der Beschwerdeführer übermittelte seine Stellungnahme am 14. Januar 2011. Am 16. Juni 2011 richtete der Bürgerbeauftragte seinen Empfehlungsentwurf an die Kommission. Am 27. September 2011 antwortete die Kommission auf den Entwurf einer Empfehlung. Die Übersetzung dieser Antwort ins Polnische wurde dem Beschwerdeführer mit Aufforderung zur Stellungnahme bis zum 31. Oktober 2011 übermittelt. Der Beschwerdeführer legte keine Stellungnahmen vor.

Analyse und Schlussfolgerungen des



Bürgerbeauftragten

A. Gerügte Verwaltungsunregelmäßigkeiten bei der Bearbeitung der Finanzhilfe und damit zusammenhängender Forderungen

Dem Bürgerbeauftragten vorgelegte Argumente

32. Zur Stützung seiner Behauptung legte der Beschwerdeführer in seiner Beschwerde eine Reihe von Argumenten vor. Er argumentierte zunächst, dass die Kommission die „*dritte Vorfinanzierung*“ geleistet habe, obwohl die Universität (i) der vertraglichen Verpflichtung, 70 % der früheren Beiträge der Kommission ausgegeben zu haben, nicht nachgekommen sei, und (ii) keine ergänzenden Berichte vorgelegt habe, um solche Ausgaben zu belegen. Darüber hinaus leistete die Kommission die dritte Vorfinanzierungszahlung nach Abschluss des Projekts und Vorlage des Abschlussberichts. Dies machte es der Universität unmöglich, diesen Beitrag für das Projekt auszugeben. Infolgedessen veranlasste die Kommission den Beschwerdeführer zu Unrecht zu der Annahme, dass es sich bei der dritten Vorfinanzierungszahlung um die letzte Zahlung handele. (*Erste Argument*)

33. Er argumentierte ferner, dass die Kommission die vertraglichen Fristen für die Bewertung und Genehmigung des dritten und vierten periodischen Berichts (Bericht P3 und Bericht P4) und des Abschlussberichts nicht eingehalten habe. (*Zweites Argument*)

34. Darüber hinaus hat die Kommission es versäumt, den Beschwerdeführer rechtzeitig und korrekt darüber zu unterrichten, dass der Bericht P3 genehmigt wurde und dass auf der Grundlage dieses Berichts die dritte Vorfinanzierungszahlung geleistet wird. Der Beschwerdeführer hielt die Auslegung der Vorfinanzierung durch die Kommission für irreführend. Seiner Ansicht nach definieren Artikel II.1 Nummer 16 und Artikel II.21 der Allgemeinen Vertragsbedingungen die Vorfinanzierung als den gezahlten Beitrag, um die Fortsetzung des Projekts zu ermöglichen. (*Drittes Argument*)

35. Der Beschwerdeführer machte ferner geltend, dass die Kommission direkte Kontakte mit dem Prüfer und Rektor der Universität aufgenommen habe, während sie gemäß Artikel 9.1 und 2 des Vertrags zunächst mit dem Projektkoordinator (der Beschwerdeführer) in allen projektbezogenen Angelegenheiten Kontakt aufgenommen hätte. (*Viertes Argument*)

36. Schließlich hat die Kommission die Schreiben des Beschwerdeführers vom 11. August 2009 an die GD Forschung und Kommissionsmitglied Potocnik nicht ordnungsgemäß beantwortet. Er antwortete auch nicht auf die Beschwerde, die er an folgende E-Mail-Adresse übermittelte: sg-plaintes@ec.europa.eu. Er wies darauf hin, dass die Kommission ihm nicht mitgeteilt habe, dass die externen Sachverständigen den Abschlussbericht als „*gut bis ausgezeichnet*“ bewertet hätten. (*Fünftes Argument*)



37. Der Beschwerdeführer beantragte Schadenersatz und entschuldigte sich „*amtlich*“. Zur Stützung seines Antrags auf finanziellen Ausgleich machte der Beschwerdeführer geltend, dass die dritte Vorfinanzierungszahlung der Kommission ihn verpflichtete, acht Monate entsprechend dem Organ zu verbringen und die Finanzvorschriften der Kommission zu studieren, anstatt wissenschaftliche Arbeiten durchzuführen, wissenschaftliche Texte zu schreiben – für die er zusätzliche Gelder verdienen könnte – und andere Finanzhilfen zu beantragen.

38. Wenn ihm zuvor bekannt gewesen wäre, dass die Vorfinanzierung im Zusammenhang mit dem Bericht P3 möglich sei, hätte seine Abteilung dieses Geld für das Projekt ausgeben können, diese Gelder gemäß dem Vertrag geltend gemacht und somit die derzeitigen finanziellen Schwierigkeiten vermieden. Die Universität wollte nach dem Zeitraum P3 einen ergänzenden Bericht vorlegen, aus dem hervorgeht, dass sie in der Zwischenzeit 70 % des EU-Beitrags ausgegeben hatte. Sie konnte dies jedoch nicht tun, weil die Kommission ihre Bewertung und Billigung des Berichts P3 verzögerte. Da die Universität das Projekt nicht mit eigenen Mitteln finanzieren konnte, musste sie ihre Ausgaben für das Projekt auf die von der Kommission im Voraus gezahlten Beträge beschränken.

39. Darüber hinaus stellten die direkten Kontakte der Kommission mit dem Rektor der Universität den Ruf des Beschwerdeführers als Projektkoordinator in Zweifel.

40. In ihrer Stellungnahme stellte die Kommission zunächst fest, dass der dritten Vorfinanzierungszahlung eine Mitteilung des Finanzsystems der Kommission (ABAC) beigefügt sei. Diese Nachricht gab die Universität, den Namen des Beschwerdeführers, die Vertragsnummer und das Akronym des Projekts an. Sie wies auch darauf hin, dass die Zahlung den Bericht P3 betreffe. Die Kommission räumte jedoch ein, dass er, wie der Beschwerdeführer geltend machte, diese Nachricht möglicherweise nicht erhalten habe. Die GD Haushalt teilte der GD RTD mit, dass diese Begleitbotschaften je nach Bankpraxis in den verschiedenen Mitgliedstaaten gekürzt werden können. Folglich hat die Kommission eine Korrekturmaßnahme eingeführt, und die zuständige Dienststelle sendet nun routinemäßig eine E-Mail an den Projektkoordinator, wenn sie jede Vorfinanzierungszahlung leistet. Dennoch *stellte die Kommission in diesem Zusammenhang fest, dass der Beschwerdeführer in ständigem Kontakt mit den Projekt- und Finanzbeauftragten der Kommission stehe und „leicht nach dem Fortschritt des Dossiers hätte fragen können“.*

41. Hinsichtlich der Bewertung des Abschlussberichts stellte die Kommission fest, dass die externe Überprüfung ein Standardverfahren für alle Marie-Curie-Gaststipendien ist, das es der Kommission ermöglicht, den Forschungsfortschritt während der gesamten Laufzeit des Vertrags zu bewerten. Bei der Überprüfung wurde der Abschlussbericht als „*gut bis ausgezeichnet*“ bewertet, der in den internen Dokumenten der Kommission (Projektbewertungsbericht und Projektüberprüfungsbericht) zum Ausdruck gebracht wurde. Diese Informationen werden für die interne Bewertung des Programms aufbewahrt und dem Koordinator daher nur zur Verfügung gestellt, wenn er dies beantragt.

42. Hinsichtlich des Unterschieds zwischen der Vorfinanzierung und der Abschlusszahlung erläuterte die Kommission, dass der Begriff „*Vorfinanzierung*“ durch die vertraglichen



Bestimmungen, nämlich Artikel II.1.16 der Allgemeinen Vertragsbedingungen, definiert werde. Diese Definition wird im RP6-Leitfaden für Finanzfragen näher erläutert (Seiten 81 und 82). „*Sie zielt in der Tat auf jeden Teilbeitrag ab, damit das Projekt im Voraus weitergeführt werden kann – aber unter Bezugnahme auf die Begründung der im vorangegangenen Zeitraum entstandenen Kosten, nicht unter Bezugnahme auf die Kosten, die [während der weiteren Phase] anfallen.*“ In Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe d des Vertrags wird der Begriff „Endzahlung“ definiert als „*eine Zahlung am Ende eines Berichtszeitraums mit einer Prüfbescheinigung gilt als endgültig.*“ Die Abschlusszahlung ist somit die Zahlung der tatsächlich entstandenen Kosten. Die Vorfinanzierung gehört der Kommission und kann nur dann als Abschlusszahlung angesehen werden, wenn die geltend gemachten Kosten zuvor von der Kommission genehmigt wurden. Die Vorfinanzierung wird von den Auftragnehmern verwendet, *bleibt aber Eigentum der Kommission.*“ Die Vorfinanzierung wird nur für den Betrag der Vorfinanzierung, der durch die vom Auftragnehmer geltend gemachten Kosten gedeckt wird, zum Eigentum des Auftragnehmers. Diese Kosten müssen vom Prüfer bescheinigt und von der Kommission akzeptiert werden.

43. Die Kommission wies in Bezug auf die vorstehende Erläuterung darauf hin, dass der Beschwerdeführer an den von ihm im Mai 2007 in Warschau und Krakau veranstalteten Schulungen teilgenommen habe. Im Mittelpunkt dieser Schulung standen finanzielle Fragen, wie z. B. der Unterschied zwischen der Vorfinanzierung und den Zahlungen, die nach der Begründung der Kosten geleistet wurden. Darüber hinaus sind im Rahmen des Wissenstransfers spezifische Mittel vorgesehen, die es den Begünstigten ermöglichen, Spezialisten einzustellen, um die finanziellen Fragen zu verfolgen und zu überwachen. Allerdings verwendete die Universität nur 10 % dieser Mittel.

44. Die Kommission argumentierte ferner, dass ihre Auftragnehmer/Zuschussempfänger dafür verantwortlich seien, zu überprüfen, ob ihre Zahlungen im Rahmen des Vertrags korrekt sind. Wenn die Zahlung höher ist als die angefallenen Kosten, sollten sie sich an die Kommission wenden und den in Überschuss erhaltenen Betrag zurückzahlen. „*Der EG-Beitrag kann unter keinen Umständen einen Gewinn für die Auftragnehmer hervorbringen.*“

45. Die Kommission stellte klar, dass, selbst wenn die Universität nicht 70 % der früheren Vorfinanzierung der Kommission ausgab, die dritte Vorfinanzierung gerechtfertigt war. Dies war auf die zwischenzeitlich eingeführte Änderung der EG-Durchführungsbestimmungen der Haushaltsordnung (Artikel 180.1) zurückzuführen. Am 3. Dezember 2007 wurden alle Koordinatoren des Marie-Curie-RP6 (einschließlich des Beschwerdeführers) über diese Änderung unterrichtet.

46. Die Kommission bedauerte, dass die dritte Vorfinanzierungszahlung und ihre Bearbeitung der Berichte P3 und P4 und des Abschlussberichts administrative Verzögerungen ausgesetzt waren, insbesondere aufgrund der „*Verwaltungsüberlastung im Zusammenhang mit der Einrichtung der Exekutivagentur für Forschung (REA).*“ Die Kommission entschuldigte sich für diese Verzögerungen in ihrer Stellungnahme und erinnerte daran, dass sie sich bereits in einem Schreiben an den Beschwerdeführer vom 11. September 2009 entschuldigt und vom Direktor der GD Forschung unterzeichnet hat.



47. Die Kommission betonte ferner, dass jede Zahlung unterschiedlichen Berichtszeiträumen entspricht und getrennt abgewickelt wird. Obwohl die Kommission den Bericht für den Zeitraum P4 (Bericht P4) vor der Zahlung (nach Billigung des Berichts P3) für den vorangegangenen Zeitraum P3 erhalten hatte, ging sie mit der letztgenannten Zahlung fort, „ *um [die Universität] nicht zu bestrafen, da in den meisten Fällen der Saldo positiv ist.* “ Nur nach der Analyse der Berichte P4 und des Abschlussberichts wurde klar, dass der von der Kommission gezahlte Gesamtbeitrag, der den tatsächlichen Kosten entsprechen sollte, die von der Universität, die vom Prüfer bestätigt und von der Kommission genehmigt wurde, geltend gemacht wurde, höher war als der Gesamtbetrag der Vorfinanzierung, den die Kommission bereits an die Universität überwiesen hatte. Diese Differenz belief sich auf 63 836,86 EUR. Die für den ersten Zeitraum geltend gemachten Kosten beliefen sich nämlich auf 47 110 EUR; für den zweiten Zeitraum: 51 967,27 EUR; für den dritten Zeitraum: 32 450,87 EUR; und für die vierte Periode: 73 976,60 EUR [6] , insgesamt: 205 504,74 EUR. Die von der Kommission gezahlte Vorfinanzierung belief sich insgesamt auf 269 341,60 EUR. Zu Beginn des Projekts zahlte die Kommission 95 079 EUR; nach Vorlage des ergänzenden Berichts zum Bericht P2 zahlte er 107 322,46 EUR und zahlte schließlich als dritte Vorfinanzierung 66 940,14 EUR. Infolgedessen erfolgte eine Einziehungsanordnung in Höhe von 63 836,86 EUR zuzüglich Zinsen in Höhe von 495,96 EUR.

48. Im Einklang mit dem Vertrag richtete die Kommission ihren Schriftwechsel in Bezug auf den Vertrag an den Beschwerdeführer. Am 15. Juli 2009 richtete sie ein Schreiben an den ehemaligen Rektor der Universität (der bei der Vertragsunterzeichnung ihr gesetzlicher Vertreter war), um ihn über ihre Absicht zu informieren, den fälligen Betrag zurückzufordern. Die Kommission übermittelte dem Beschwerdeführer eine Kopie dieses Schreibens. Am 28. Juli 2009 übermittelte die Kommission dem Beschwerdeführer ein weiteres Schreiben und eine Kopie an den neuen Rektor der Universität. Die Kommission betonte, dass sie den Ruf des Beschwerdeführers als Koordinator nie in Frage gestellt habe.

49. Die Kommission erklärte, sie habe auf alle Schreiben und E-Mails des Beschwerdeführers geantwortet und zusammen mit der Stellungnahme Kopien ihrer Antworten vorgelegt. In Bezug auf die an die E-Mail-Adresse sg-plaintes@ec.europa.eu gerichtete Beschwerde überprüfte die Kommission ihre Aufzeichnungen und bestätigte, dass sie diese E-Mail nicht erhalten habe. In der Kopie der Beschwerde, die zusammen mit der Beschwerde an den Bürgerbeauftragten eingereicht und der Kommission übermittelt wurde, ist das Datum und die Uhrzeit der Versendung in dem betreffenden Feld nicht angegeben.

50. Die Kommission schloss mit Verweis auf Artikel II.3 der Allgemeinen Vertragsbedingungen, wonach „ *der Koordinator b) die effiziente Durchführung des Projekts gewährleistet und alle erforderlichen und angemessenen Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, dass das Projekt gemäß den Bedingungen dieses Vertrags durchgeführt wird...* “ Der Projektkoordinator ist nach Unterzeichnung des Vertrags für die Verwaltung der Mittel verantwortlich. Er ist daher verpflichtet, sich mit den einschlägigen Finanzvorschriften für das betreffende Projekt „ *vor und der Dauer des Projekts vertraut zu machen, um Probleme am Ende zu vermeiden.* “ Er ist verpflichtet, sich mit den Vorschriften der Kommission für das Projekt vertraut zu machen, und die Kommission erleichtert diese Aufgaben, indem sie Schulungen organisiert und spezielle



Mittel für die Einstellung eines professionellen Projektmanagers bereitstellt. Die finanziellen Schwierigkeiten, auf die sich der Beschwerdeführer in seiner Beschwerde bezog, ergaben sich daraus, dass er die entstandenen Kosten nicht mit den erhaltenen Mitteln in Einklang gebracht hat. Gemäß dem Vertrag sind alle von der Kommission gezahlten Beträge zurückzufordern.

51. Die Kommission fügte in ihrer Stellungnahme (polnische Fassung) hinzu, dass es „ *nicht gerechtfertigt ist, dem Beschwerdeführer eine Entschädigung zu zahlen, da der Beschwerdeführer seit Dezember 200 886 EUR in seinem Besitz hat, die der Kommission gehören*“.

52. In seinen Stellungnahmen hielt der Beschwerdeführer alle seine ursprünglichen Argumente und Behauptungen aufrecht. Er verweist auf die Erklärung der Kommission in Randnummer 51, in der ihm die polnische Fassung der Stellungnahme wie folgt lautet: „ *der Beschwerdeführer hat seit Dezember 200 886 EUR in seinem **Besitz*** “ (Hervorhebung hinzugefügt). Er stellte fest, dass die Kommission einen schwerwiegenden und unbegründeten Vorwurf gegen ihn erhoben habe, obwohl klar sei, dass es für den Beschwerdeführer als Koordinator keine rechtlichen Möglichkeiten gebe, über den der Universität gewährten Zuschuss zu verfügen. Darüber hinaus hatte der Beschwerdeführer bereits einschlägige Unterlagen gesehen, aus denen hervorgeht, dass die Universität der Kommission am 9. Dezember 2009 den Betrag von 64 332,82 EUR in zwei Pauschalbeträgen zurückgezahlt hatte (55 307,33 EUR und dann 9 025,49 EUR).

53. Darüber hinaus hielt der Beschwerdeführer es für ungerecht, dass die Kommission implizierte, dass er die einschlägigen Finanzvorschriften nicht kennt und nicht in der Lage war, die entstandenen Kosten mit den erhaltenen Mitteln in Einklang zu bringen. In diesem Zusammenhang erinnert er daran, dass der Prüfer keine Unregelmäßigkeiten festgestellt habe. „ *Seine Probleme* “ begannen erst, nachdem die Kommission die dritte Vorfinanzierungszahlung zu Unrecht geleistet hatte. Er betont, dass die Kommission das von ihm koordinierte Projekt selbst als „ *gut bis exzellent* “ bewertete.

Bewertung der Bürgerbeauftragten, die zu einem Empfehlungsentwurf führt

Der Beschwerdeführer hat fünf Argumente zu seiner ersten Behauptung vorgebracht:

Zum vierten Argument des Beschwerdeführers, dass die Kommission gegen den Vertrag verstoßen habe, indem sie mit anderen statt mit ihm kommunizierte

54. Artikel 9.1 des Vertrags sieht vor, dass „ *die im Vertrag vorgesehenen Mitteilungen... an die [Anschrift des Beschwerdeführers] übermittelt werden* “.

55. In seiner ursprünglichen Beschwerde machte der Beschwerdeführer geltend, dass die



Kommission diese Bestimmung nicht eingehalten habe, indem sie Folgendes übermittelte: (I) ein Schreiben über die Einziehungsanordnung an den Rektor der Universität am 15. Juli 2009 und (ii) eine E-Mail an die Rechnungsprüferin, in der sie am 18. Juni 2009 um eine Erläuterung des Prüfungszeugnisses ersucht wurde. Der Beschwerdeführer fügte in seiner Stellungnahme hinzu, dass die Kommission dem Rektor der Universität am 26. November 2009 die Zahlungsaufforderung übermittelt habe, ihm aber keine Kopie zusendete.

56. Zum einen scheint Artikel 9 Absatz 1 des Vertrags auf den oben genannten Schriftverkehr nicht anwendbar zu sein, da er nach dem Endtermin der Vertragsdurchführung versandt wurde. Andererseits sieht Artikel 2 des Vertrags jedoch vor, dass die Bestimmungen des Artikels II.7 der Allgemeinen Bedingungen auch nach dem endgültigen Umsetzungstermin gelten. Gemäß Artikel II.7 der Allgemeinen Bedingungen sind **die Auftragnehmer** verpflichtet, der Kommission Berichte und Leistungen gemäß Artikel 9.1 des Vertrags vorzulegen. Selbst wenn Artikel II.7 der Allgemeinen Bedingungen (und damit Artikel 9.1 des Vertrags) nur für die Auftragnehmer gilt, wäre es fair gewesen, dass die Kommission ihren Schriftwechsel auch nach Abschluss des Vertrags an die Adresse des Beschwerdeführers (gemäß Artikel 9.1 des Vertrags) übermittelt hätte. Schließlich wurde Artikel II.7 der Allgemeinen Bedingungen nicht einzeln ausgehandelt, und es scheint, dass seine Anwendung nur auf die Auftragnehmer zu einem erheblichen Ungleichgewicht der vertraglichen Verpflichtungen der Parteien geführt hat [7] .

57. Vor diesem Hintergrund stellte der Bürgerbeauftragte fest, dass die Universität, vertreten durch ihren Rektor, der Auftragnehmer der Kommission war. Aus diesem Grund war es angemessen, Briefe an den Rektor zu richten, um ihn über die Einziehungsanordnung zu informieren. Ebenso war es angemessen, sich direkt mit dem Prüfer in Bezug auf das von ihr geprüfte Projekt zu befassen. Nach Ansicht des Bürgerbeauftragten hat die Kommission eine Kopie der oben genannten Schreiben an den Beschwerdeführer geschickt.

58. In seinen Stellungnahmen machte der Beschwerdeführer geltend, die Kommission habe ihm den Schriftwechsel, den sie am 26. November 2009 an den Rektor der Universität gerichtet habe, nicht übermittelt. Der Bürgerbeauftragte hielt es nicht für sinnvoll, die Kommission aufzufordern, zu dieser neuen angeblichen Tatsache Stellung zu nehmen. Es ist klar, dass die Kommission dem Rektor im Anschluss an ihre Entscheidung über die Weiterverfolgung der Einziehungsanordnung, die dem Beschwerdeführer am 19. November 2009 mitgeteilt wurde, geschrieben hat. Diese Entscheidung lautete wie folgt: *„Ich bin der Ansicht, dass die Tatsachen in Bezug auf das Dossier jetzt gut etabliert sind und daher werde ich nicht weiter mit Ihnen darüber in Verbindung treten. Um die Einziehung der Überzahlung in Höhe von 64 322,82 EUR fortzusetzen, habe ich meine Dienststellen angewiesen, die erforderliche Zahlungsaufforderung direkt an den gesetzlichen Vertreter der Universität zu senden.“*

59. Angesichts seiner Feststellungen in den Randnummern 56 und 57 vertrat der Bürgerbeauftragte die Auffassung, dass die Kommission dadurch, dass sie dem Beschwerdeführer keine Kopie ihres Schreibens vom 26. November 2009 an den Rektor der Universität übermittelt habe, unfair gehandelt habe. Dies war ein erster Fall von Missständen in der Verwaltung.



Zum fünften Argument des Beschwerdeführers zu seinem Schriftwechsel mit der Kommission

60. Der Bürgerbeauftragte stellte fest, dass die Kommission zusammen mit ihrer Stellungnahme Kopien ihrer Antworten auf die Schreiben des Beschwerdeführers vorgelegt hat. Dazu gehörte auch seine Antwort vom 28. Juli 2009 auf das Schreiben des Beschwerdeführers vom 17. Juli 2009; ihre Antwort vom 23. Oktober 2009 auf das Schreiben des Beschwerdeführers vom 29. September 2009; ihre Antwort vom 19. November 2009 auf das Schreiben des Beschwerdeführers vom 3. November 2009; und ihre Antwort vom 11. September 2009 auf die Schreiben des Beschwerdeführers vom 11. August 2009 an Kommissionsmitglied Potocnik und die GD Forschung [8]. Sie erläuterte auch, warum sie den vom Beschwerdeführer angeblich an die E-Mail-Adresse des Generalsekretariats der Kommission übermittelten Schriftverkehr nicht finden konnte (siehe Randnummer 49). Diese Erklärung ist vernünftig. In seinen Stellungnahmen hat der Beschwerdeführer keine eindeutigen Nachweise vorgelegt, um die Uhrzeit und das Datum der Absendung der betreffenden E-Mail anzugeben. Der Bürgerbeauftragte hielt auch die Erklärung der Kommission für angemessen, warum sie den Beschwerdeführer nicht darüber informierte, dass die externen Sachverständigen den Abschlussbericht als „*gut bis ausgezeichnet*“ bewerteten (siehe Ziffer 41 oben).

61. In seinen Stellungnahmen erläuterte der Beschwerdeführer sein fünftes Argument mit der Begründung, dass der Inhalt der Antworten der Kommission seiner Ansicht nach unbefriedigend sei. Da der Gegenstand der Beschwerde den Inhalt dieser Schreiben umfasst und die Bewertung des Bürgerbeauftragten, die zu einem Empfehlungsentwurf führt, die wesentlichen Aspekte dieser Antworten umfasst, ist der Bürgerbeauftragte der Auffassung, dass keine weiteren Untersuchungen zu dem neu formulierten Argument des Beschwerdeführers erforderlich sind.

Zum ersten, zweiten und dritten Vorbringen des Beschwerdeführers zu den angeblichen Verzögerungen der Kommission und zu ihrer dritten Vorfinanzierungszahlung

62. Der Bürgerbeauftragte wies darauf hin, dass der Beschwerdeführer den Bericht P3 am 12. und 15. Juli 2007 vorgelegt habe, und die Kommission habe am 18. März 2008 erstmals (mit Antrag auf Änderungsanträge) auf diesen Bericht reagiert. Anhang II.8.2 „Allgemeine Bedingungen“ des Vertrags, der Bestandteil des Vertrags ist, sieht jedoch vor, dass „*die Kommission sich verpflichtet, [periodische] Projektstätigkeitsberichte ... innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt zu bewerten.*“ Selbstverständlich hat die Kommission die Frist von 45 Tagen überschritten, indem sie etwa acht Monate für die Bewertung des Berichts P3 benötigte.

63. Darüber hinaus hatte diese Verzögerung bei der Bewertung des Berichts P3 einen Dominoeffekt. Erstens konnte der Beschwerdeführer die erforderlichen Änderungen nicht einführen und den ordnungsgemäß geänderten Bericht P3 erst am 16. Juni 2008 vorlegen.



Zweitens billigte die Kommission den Bericht P3 erst am 17. Juli 2008, d. h. ein Jahr nach seiner ersten Vorlage und Eingang. Drittens zahlte die Kommission nur die „*dritte Vorfinanzierung*“ in Bezug auf den Bericht P3 am 1. Dezember 2008 [9]. Dies lag daran, dass die Vorfinanzierung nur „*nach Genehmigung der einschlägigen Berichte gemäß Artikel II.7 des Anhangs II (Allgemeine Bedingungen) des Vertrags*“ erfolgen konnte. [10]

64. Darüber hinaus erhielt die Kommission am 15. September 2008 die geänderten Fassungen des Berichts P4 und des Abschlussberichts, genehmigte sie jedoch erst am 6. Januar 2009. Dies zeigt, dass die Kommission erneut die vertragliche Frist von 45 Tagen für die Bewertung der Berichte nicht eingehalten hat.

65. Die Kommission rechtfertigt diese Verzögerungen durch ihre eigene Umstrukturierung („*Verwaltungsüberlastung im Zusammenhang mit der Einrichtung der Exekutivagentur für Forschung*“). Eine solche Verwaltungsfreundlichkeit kann jedoch nicht ausreichen, um eine Verzögerung von acht Monaten bei der Behandlung der ersten Fassung des Berichts P3 des Beschwerdeführers zu rechtfertigen. Der Bürgerbeauftragte stellt fest, dass der Beschwerdeführer, ein Wissenschaftler, selbst mit der Verwaltung des Zuschusses (sowie seiner wissenschaftlichen Arbeit) befasst war, während die Kommission zahlreiche spezialisierte Dienststellen hatte, die ihre Aufgaben wahrnahmen. Die Kommission verfügt über ausreichende Mittel und Mittel, um sicherzustellen, dass eine interne Umstrukturierung der Verwaltung die Interessen ihrer Auftraggeber und Finanzhilfeempfänger nicht beeinträchtigt.

66. Vor diesem Hintergrund vertrat der Bürgerbeauftragte die Auffassung, dass die sehr schwerwiegenden und ungerechtfertigten Verzögerungen der Kommission, insbesondere ihre Verzögerungen bei der Behandlung des Berichts P3, die wiederum zu einer Verzögerung bei der Zahlung der dritten Vorfinanzierung führten, gegen ihre vertraglichen Verpflichtungen verstoßen [11].

67. Darüber hinaus deutet alles darauf hin, dass die Kommission die dritte verspätete Vorfinanzierung **automatisch** vorgenommen hat, nachdem sie den Bericht P3 verspätet gebilligt hatte. Dies geschah trotz der Tatsache, dass sie sich bewusst war, dass die Universität solche Mittel nicht nutzen konnte und sollte. Betrachtet man nur den Wortlaut der Bestimmungen des Artikels II.1.16 des Vertrags [12], so ist die Vorfinanzierung eindeutig für die nächste Projektphase vorgesehen [13]. Am 1. Dezember 2008 war keine solche nächste Phase möglich, da das fragliche Projekt beendet war und die Kommission sich dieser Tatsache bewusst war.

68. Die verfügbaren Beweise [14] zeigen in der Tat, dass der Kommission zumindest Anfang September 2008, d. h. drei Monate, bevor die Kommission die dritte Vorfinanzierung für den Bericht P3 für den Zeitraum 3 vorgenommen hat, der Inhalt der Prüfbescheinigung vom 12. Juli 2008, die alle Zeiträume des Projekts und die in allen Berichten geltend gemachten Kosten abdeckte, bekannt war. Der Bericht P4 und der Abschlussbericht, der gleichzeitig mit dem Prüfzeugnis vorgelegt wurde, konnten und enthielten vernünftigerweise keine anderen Daten als die in der Prüfbescheinigung enthaltenen Daten [15]. Nachdem die Kommission den Inhalt der Prüfbescheinigung zur Kenntnis genommen hatte, war es nicht erforderlich, den Bericht P4



und den Abschlussbericht zu analysieren, um zu dem Schluss zu gelangen, dass die Zahlung der dritten Vorfinanzierung am 1. Dezember 2008 keine *Wirkung entfalten würde* .

69. Im Audit-Zertifikat bescheinigte der Prüfer, dass das Projekt am 31. Mai 2008 endete und dass die Universität zu diesem Zeitpunkt 201 898 EUR für alle Zeiträume des Projekts ausgegeben hatte. Aus der Prüfbescheinigung geht hervor, dass die förderfähigen Kosten, die der Universität für das Projekt entstanden sind, fast dem Betrag entsprechen, der ihr bereits von der Kommission gezahlt wurde (die erste Vorfinanzierung in Höhe von 95 079 EUR und die zweite Vorfinanzierung in Höhe von 101 311,46 EUR, insgesamt 196 380 EUR). Die Universität hat außer den vom Prüfer im Juli 2008 bescheinigten Mitteln keine Mittel für das Projekt ausgegeben. Darüber hinaus forderte sie von der Kommission keine zusätzlichen Mittel [16] . Daher hatte die Kommission im Dezember 2008 keinen Grund, weitere EU-Mittel „vorzuschieben“ , um die Universität „ *nicht zu bestrafen* “.

70. Vor diesem Hintergrund war der Bürgerbeauftragte der Auffassung, dass die Kommission, indem sie der Universität die verspätete dritte Vorfinanzierung zu einem Zeitpunkt gezahlt hatte, zu dem sie nicht mehr für das Projekt verwendet werden könne, eine zweite Instanz von Missständen in der Verwaltung begangen habe.

Zu den Anträgen des Beschwerdeführers

71. Der Beschwerdeführer beantragte einen finanziellen Ausgleich in Höhe von 100 000 EUR.

72. Der Beschwerdeführer machte zu Recht geltend, dass das Projekt aufgrund der Tatsache, dass die dritte Vorfinanzierung während der Laufzeit des Projekts nicht gezahlt worden sei, im Mai 2008 abgeschlossen sei und EU-Mittel verwendet habe, die 25 % niedriger seien als ursprünglich geplant (der für das Projekt vorgesehene Gesamtbetrag betrage 336 677 EUR).

73. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass, wenn die dritte Vorfinanzierung zum richtigen Zeitpunkt gezahlt worden wäre, die Ergebnisse des Projekts noch besser gewesen wären. Dies hätte sowohl der Universität als auch ihren Wissenschaftlern, die an dem Projekt (einschließlich des Beschwerdeführers) arbeiten, und letztlich zu den Vorteilen der europäischen Wissenschaft gelegen. Wenn die Kommission bei der Bewertung des Berichts P3 nicht zu spät gewesen wäre und die 45-tägige vertragliche Frist für ihre Bewertung eingehalten hätte, hätte der gleiche Betrag von 66 940,14 EUR innerhalb der vertraglichen Frist von 90 Tagen nach Eingang des berechtigten Berichts [17], d. h. spätestens Ende 2007, gezahlt werden können. Dies wäre auch dann möglich gewesen, wenn der Beschwerdeführer Korrekturen vornehmen müsste. Der Bürgerbeauftragte stellte fest, dass ab dem 16. Juli 2007 die Regel, dass 70 % der vorherigen Finanzierung ausgegeben werden sollten, um eine neue Zahlung zu erhalten (die „70 %-Regel“) nicht mehr anwendbar sei [18] . Wenn also die dritte Vorfinanzierung bis Ende 2007 zur Verfügung gestellt worden wäre, hätte die Universität diesen Betrag noch für das Projekt verwenden können. Diese weiteren Ausgaben hätten in der am Ende des Projekts erstellten Prüfbescheinigung (Mai 2008) ausgewiesen werden können. Wenn die Universität diesen Betrag nicht verwenden konnte oder nicht hätte verwenden müssen, hätte die



Prüfbescheinigung den Betrag als Überschuss für die Kommission angeben können.

74. Aus den in den Akten vorliegenden Beweisen geht jedoch hervor, dass die Universität nach Vorlage des Berichts P3 und bis zum Ende des Projekts (Mai 2008) von der Kommission keine zusätzlichen Gelder für das Projekt beantragte (ab Dezember 2007 war dem Beschwerdeführer bekannt, dass „die 70 %-Regel“ nicht mehr anwendbar war. [19]) Der Beschwerdeführer erklärte in seinen Bemerkungen, dass er keinen solchen Antrag gestellt habe. Die Universität hätte noch ergänzende Berichte vorlegen können, und sie hätte auch eine Verlängerung des endgültigen Durchführungstermins des Projekts verlangen können, wenn sie der Auffassung wäre, dass zusätzliche EU-Mittel ihr helfen könnten, bessere Ergebnisse zu erzielen. Die entsprechende Änderung des Vertrags hätte dann vorgenommen werden können [20] . Stattdessen war die Universität in der Lage, das Projekt mit einem bescheidenen EU-Beitrag zu beenden und andere Nicht-EU-Finanzierungen [21] so zu vereinbaren, dass das Projekt zur Bewertung von „*gut bis exzellent*“ durch die Kommission führte. Dies sollte gelobt werden, berechtigt aber die Universität nicht zum Schadenersatz.

75. Insgesamt kam der Bürgerbeauftragte zu dem Schluss, dass der Beschwerdeführer nicht nachgewiesen hat, dass die Universität aufgrund der Tatsache, dass die EU-Finanzierung des Projekts auf 201 898,18 EUR begrenzt war, Geld verloren hat.

76. Außerdem machte der Beschwerdeführer geltend, dass, wenn die dritte Vorfinanzierung am 1. Dezember 2008 nicht gezahlt worden wäre, sein Streit mit der Kommission nicht stattgefunden hätte. Zusammenfassend vertrat er die Auffassung, dass die ungerechtfertigte Zahlung der Kommission der Grund für seinen Schadensersatzantrag sei, der die Zeit und den Aufwand widerspiegelte, den er in den Rechtsstreit investieren müsse.

77. Der Bürgerbeauftragte stellte jedoch fest, dass der Streitgrund nicht nur die verspätete und nutzlose dritte Vorfinanzierung sei, sondern auch die Tatsache, dass dieser Betrag von der Universität ausgegeben werde. Der Bürgerbeauftragte erkannte an, dass es möglich ist, dass die Kommission den Beschwerdeführer nicht ordnungsgemäß über die Art der von ihr gezahlten 66 940,14 EUR informiert hat [22]. Der Bürgerbeauftragte war jedoch der Auffassung, dass es für den Beschwerdeführer vernünftig gewesen wäre, die Kommission nach den Gründen für diese Zahlung zu fragen, bevor die Universität das Geld ausgegeben hat (nach Angaben des Beschwerdeführers hat die Universität diesen Betrag im März 2009 ausgegeben und im Dezember 2009 an die Kommission zurückgezahlt [23]). Letztlich sind sich der Beschwerdeführer und die Kommission darin einig, dass Finanzhilfen nur zur Deckung von Projekten und nicht zur Erzielung eines Gewinns für den Begünstigten verwendet werden sollten. Die Universität schloss das Projekt mit den von der Kommission vor dem 1. Dezember 2008 gezahlten Geldern ab.

78. Da der Beschwerdeführer nie eine solche Frage gestellt hat, konnte der Bürgerbeauftragte seinen Schadensersatzanspruch wegen seiner angeblichen Verluste aufgrund seines Streits mit der Kommission nicht untermauern („*acht Monate entsprechend dem Organ und Prüfung der Finanzvorschriften der Kommission, anstatt wissenschaftliche Arbeiten durchzuführen und akademische Texte zu schreiben, für die er zusätzliche Gelder verdienen oder andere*



Finanzhilfen beantragen könnte“.

79. Der Bürgerbeauftragte war jedoch der Auffassung, dass die Kommission aufgrund seiner ersten und zweiten Feststellung von Missständen (Randnrn. 59 und 70) dem Beschwerdeführer und der Universität seine aufrichtige Entschuldigung vorlegen sollte.

80. Der Bürgerbeauftragte stellte in diesem Zusammenhang fest, dass sich die Kommission für ihre Verzögerungen bei der Bearbeitung der Berichte entschuldigt hat. In seinen Stellungnahmen akzeptierte der Beschwerdeführer diese Entschuldigungen jedoch nicht. Der Bürgerbeauftragte hat die Auffassung des Beschwerdeführers verstanden.

81. Erstens habe die Kommission, abgesehen von offensichtlich falschen Angaben (wie oben in Randnummer 79 ausgeführt), einen Fehler begangen, der zur verständlichen Empörung des Beschwerdeführers geführt habe. In der polnischen Übersetzung der Stellungnahme gab die Kommission [24] die falsche Aussage ab, dass " *der Beschwerdeführer 63 836 EUR hat. 86 in seinem Besitz seit Dezember 2008* " (Hervorhebung hinzugefügt). In der englischen Fassung der Stellungnahme lautet derselbe Satz jedoch wie folgt: „ *der Beschwerdeführer hat seit Dezember 200 863 836,86 EUR in seinem **Besitz*** “ (Hervorhebung hinzugefügt). Der Possessive Determinant „ *ihr* “ deutet in der Tat darauf hin, dass die Kommission sich tatsächlich an die Universität wenden wollte. Es ist jedoch bedauerlich, dass die Kommission es versäumt hat, eine so wichtige Aussage zu verfassen und auch ihre eigenen Übersetzungen ordnungsgemäß zu überprüfen.

82. In ihren Schreiben/E-Mails an den Beschwerdeführer, den Rektor der Universität und den Rechnungsprüfer hat die Kommission keine Stellungnahmen abgegeben, die vernünftigerweise als Zweifel an dem Ruf des Beschwerdeführers angesehen werden können. In ihrer Stellungnahme in der vorliegenden Untersuchung scheint die Kommission dies jedoch zu tun. Der Bürgerbeauftragte vertrat die Auffassung, dass die Bemerkungen der Kommission zu den Kenntnissen des Beschwerdeführers über die Finanzvorschriften oder zu seiner Fähigkeit, die Mittel zu verwalten, völlig unnötig und zwecklos seien.

83. Vor diesem Hintergrund hat der Bürgerbeauftragte gemäß Artikel 3 Absatz 6 des Statuts des Europäischen Bürgerbeauftragten [25] folgenden Empfehlungsentwurf vorgelegt: *Die Kommission sollte dem Rektor der Universität ein Schreiben übermitteln, in dem sie sich bei dem Beschwerdeführer und der Universität für ihre Verzögerungen entschuldigt, insbesondere in Bezug auf die verspätete und „nutzlose“ dritte Vorfinanzierungszahlung. In diesem Schreiben sollte auch darauf hingewiesen werden, dass die Arbeit des Beschwerdeführers als Projektkoordinator keinerlei Auswirkungen auf die Verzögerungen der Kommission hatte. Schließlich sollte sie die Arbeit des Beschwerdeführers und der Universität anerkennen, weil sie das Projekt mit sehr guten Ergebnissen mit geringeren EU-Mitteln abschließen können als ursprünglich vorgesehen.* "Der Bürgerbeauftragte stellte ferner fest, dass der Beschwerdeführer in seinen Bemerkungen darauf bestand, dass diese Entschuldigungen „ *amtlich* “ sein sollten, und wies deutlich darauf hin, dass die Kommission und nicht der Beschwerdeführer für die Verzögerungen verantwortlich seien.



Die Argumente, die dem Bürgerbeauftragten nach seinem Empfehlungsentwurf vorgelegt wurden

84. In ihrer Antwort auf den Empfehlungsentwurf erklärte die Kommission, dass sie der Bewertung des Falls durch den Bürgerbeauftragten weitgehend zustimmt. In Bezug auf den letzten Teil des Empfehlungsentwurfs schlug die Kommission jedoch vor, die dritte Vorfinanzierung als „*verzögert und ungebührlich*“ und nicht als „*verzögert und nutzlos*“ zu bezeichnen, wie es der Bürgerbeauftragte in seinem Empfehlungsentwurf tat. Darüber hinaus stimmte die Kommission zu, in ihrem Schreiben an den Rektor der Universität anzuerkennen, dass „*das Projekt mit sehr guten Ergebnissen abgeschlossen wurde*“, aber nicht, dass diese sehr guten Ergebnisse „*mit geringeren EU-Mitteln als ursprünglich vorgesehen erzielt wurden*“. Die Kommission argumentierte in diesem Zusammenhang, dass in der Verhandlungsphase eines Projekts eine korrekte Schätzung der Kosten dieses Projekts wichtig sei und eine Überschätzung der Kosten zur Folge habe, dass die erhaltenen Vorfinanzierungszahlungen höher seien als die erforderlichen Beträge. Darüber hinaus werden in solchen Fällen die nicht verwendeten Mittel für die Laufzeit des Vertrags gesperrt, anstatt für andere Projekte verwendet zu werden. In diesem konkreten Fall wurden 131 173 EUR blockiert und vier Jahre lang nicht in Anspruch genommen.

85. Gemäß dem Empfehlungsentwurf des Bürgerbeauftragten hat die Kommission beschlossen, dem Rektor der Universität [26] ein Schreiben zu übermitteln, das nachstehend zusammengefasst ist.

86. Erstens erkannte die Kommission ihre Verzögerungen bei der dritten Vorfinanzierungszahlung und bei der Bearbeitung der Berichte P3 und P4 und des Abschlussberichts an. Die Kommission entschuldigte sich bei der Universität und dem Beschwerdeführer für ihre Verzögerungen.

87. Zweitens bestätigte die Kommission, dass die Arbeit des Beschwerdeführers als Projektkoordinator keinerlei Auswirkungen auf die oben genannten Verzögerungen der Kommission hatte.

88. Drittens erklärte die Kommission, dass sie *"die Tatsache würdigt, dass der Beschwerdeführer und die Universität in der Lage waren, sehr gute Ergebnisse zu erzielen. Die Projektergebnisse wurden von den externen Experten als „gut bis exzellent“ bewertet. Diese guten Ergebnisse wurden mit einem Betrag von 205 504 EUR erzielt, 74, die von der Kommission genehmigt wurde. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass dieser Betrag erheblich geringer ist als der ursprünglich ausgehandelte EU-Beitrag in Höhe von 336 677 EUR, und die Kommission möchte hervorheben, wie wichtig eine korrekte Schätzung der Kosten in möglichen künftigen Verhandlungen ist.*

89. Die Kommission schloss ihr Schreiben mit „*tiefem Bedauern über die entstandenen Unannehmlichkeiten*“ ab und forderte den Rektor auf, „*ihre Entschuldigungen zu akzeptieren*“.



90. Der Beschwerdeführer übermittelte keine Stellungnahmen zu dem oben dargelegten Standpunkt der Kommission, der als Reaktion auf den Empfehlungsentwurf des Bürgerbeauftragten vertreten wurde.

Bewertung des Bürgerbeauftragten nach dem Empfehlungsentwurf

91. Die Bürgerbeauftragte begrüßt die positive Reaktion der Kommission auf den Empfehlungsentwurf und ist der Auffassung, dass ihre Argumente, die eine Abweichung vom Empfehlungsentwurf rechtfertigen, durch die Ersetzung des Wortes „unbrauchbar“ durch „*nutzlos*“ und in Bezug auf den Ausdruck „*untere EU-Mittel als ursprünglich vorgesehen*“ angemessen sind.

92. Der Bürgerbeauftragte begrüßt, dass die Kommission dem Rektor der Universität ein offizielles Schreiben übermittelt hat, das vom Generaldirektor der GD Forschung und Innovation unterzeichnet wurde. Dieses Schreiben entschuldigte sich aufrichtig für die Missstände, die im Empfehlungsentwurf des Bürgerbeauftragten festgestellt wurden, und würdigte den positiven Beitrag des Beschwerdeführers zum Projekt.

93. Vor diesem Hintergrund kommt der Bürgerbeauftragte zu dem Schluss, dass die Kommission den wesentlichen Teil seines Empfehlungsentwurfs akzeptiert hat.

B. angebliche Mängel im Online-Reportingsystem SESAM

Dem Bürgerbeauftragten vorgelegte Argumente

94. Der Beschwerdeführer machte geltend, dass das SESAM-System es einem für ein Projekt zuständigen Beamten nicht erlaube, geringfügige Änderungen der Berichte vorzunehmen, die er erhalte. Er vertritt die Auffassung, dass eine solche (gute) Praxis von einem benannten Kommissionsbeamten umgangen wurde, der eine Änderung des „Finanzierungsberichts“ außerhalb des SESAM-Systems (im Excel-Berechnungsbogen) einführte, um die Zahlung von 66 940,14 EUR als „*dritte Vorfinanzierung*“ aufzuzeigen. Der Beamte hat den Beschwerdeführer (als Projektkoordinator) nicht aufgefordert, solche Änderungen über SESAM vorzunehmen. Der Beschwerdeführer machte ferner geltend, dass ihm ein Jahr, nachdem er den Bericht P3 vorgelegt hatte, ein anderer zuständiger Beamter Vorlagen zur Verwendung übermittelt habe, die in SESAM nicht vorlagen. Dies habe seiner Ansicht nach gezeigt, dass es in SESAM keine festen Standards gebe. Die Funktionsweise des Systems hänge vom Willen der Beamten ab, die sich zufällig mit der Finanzhilfe befassten (es gab neun Beamte, die sich mit dem Projekt befassten). Er bezog sich auch auf eine Reihe von technischen Problemen, auf die er bei der Verwendung von SESAM stieß (das Passwort funktionierte nicht, wenn er Bericht P1 senden wollte, der damals zuständige Beamte war nicht in der Lage, das System zurückzusetzen, und er hatte auch Probleme mit der Einreichung von Bericht P3).



95. In ihrer Stellungnahme stellte die Kommission fest, dass die Berichterstattungsvorschriften und das Online-Berichterstattungssystem zu Beginn des 6. Rahmenprogramms eingerichtet wurden, und die Kommission unterrichtete alle Koordinatoren durch direkte Kontakte per E-Mail und während der Sitzungen darüber, wie sie über das Projekt berichten sollten. Diese Vorschriften wurden auch in den online verfügbaren Berichterstattungsleitlinien erläutert (die Kommission stellte den entsprechenden Link zur Verfügung). Die Kommission argumentierte, dass das System während des Rahmenprogramms verbessert wurde, um es benutzerfreundlicher zu machen und so viele Mängel wie möglich zu beseitigen.

96. Die Tatsache, dass das SESAM-System es den Projektbeauftragten nicht erlaubt, geringfügige Änderungen vorzunehmen, ist gerechtfertigt, da es eine Schutzmaßnahme für die Begünstigten darstellt. Alle Änderungen müssen von den Koordinatoren vorgenommen werden, um zu vermeiden, dass die Beamten der Kommission von sich aus Änderungen vornehmen, oder um eine Diskussion darüber zu vermeiden, was als geringfügige Änderung angesehen werden könnte. Die Kommission hält dies für ein bewährtes Verfahren.

97. Die Argumentation des Beschwerdeführers zur Bewertung der Berichte durch die Projektbeauftragten selbst ist nicht begründet, da es Standardbewertungsformulare in SESAM gibt und die Projektbeauftragten darin geschult werden, wie sie die Leistung und Durchführung von Projekten im Einklang mit intern genehmigten Regeln und Verfahren bewerten können.

Bewertung des Bürgerbeauftragten

98. Was das Argument des Beschwerdeführers betrifft, dass der genannte Beamte eine relevante Änderung außerhalb von SESAM eingeführt habe, bedauerte der Bürgerbeauftragte, dass die Kommission weder in ihren Schreiben an den Beschwerdeführer noch in ihrer Stellungnahme zu dieser angeblichen Tatsache Stellung genommen habe. Da die angebliche Tatsache jedoch das Verhalten der Kommission betrifft, in dem der zweite Missstand in der Verwaltungstätigkeit festgestellt wurde, hielt es der Bürgerbeauftragte für nicht zweckdienlich, dieses Argument getrennt zu behandeln.

99. Was die verbleibenden Argumente des Beschwerdeführers anbelangt, so war der Bürgerbeauftragte nicht der Auffassung, dass der Beschwerdeführer einen schwerwiegenden Fehler im System nachgewiesen hat. So unterrichtete der Beschwerdeführer die Kommission am 10. Juli 2007 über seine Probleme bei der Vorlage des Berichts P3. Anschließend konnte er diesen Bericht zwei Tage später, am 12. Juli 2007, vorlegen.

100. Der Bürgerbeauftragte kam zu dem Schluss, dass keine weiteren Untersuchungen zu dem zweiten Vorwurf gerechtfertigt sind.

C. Schlussfolgerungen



Auf der Grundlage seiner Untersuchungen zu dieser Beschwerde ist der Bürgerbeauftragte der Auffassung, dass die Kommission in Bezug auf die erste Behauptung des Beschwerdeführers den wesentlichen Teil des Empfehlungsentwurfs des Bürgerbeauftragten akzeptiert und damit die erste Forderung des Beschwerdeführers erfüllt hat. Aus den oben in den Randnummern 77 und 78 angeführten Gründen kann dem zweiten Antrag des Beschwerdeführers nicht stattgegeben werden. Was die zweite Behauptung des Beschwerdeführers betrifft, so sind keine weiteren Untersuchungen gerechtfertigt.

Die Kommission und der Beschwerdeführer werden über diesen Beschluss unterrichtet.

P. Nikiforos Diamandouros

Geschehen in Straßburg am 23. November 2011

[1] MTKD-CT-2004-509834 Wissenstransfer.

[2] Artikel 6.1.b. ii letzter Satz des Vertrags sah vor: *„Bei weniger als 70 % einer Vorfinanzierung am Ende eines Berichtszeitraums und ungeachtet der Genehmigung der entsprechenden Berichte durch die Kommission kann eine nachfolgende Zwischenfinanzierung nur gezahlt werden, wenn i) eine Prüfbescheinigung für diesen Berichtszeitraum oder ii) auf der Grundlage eines ergänzenden regelmäßigen Lageberichts gemäß Artikel II.7.2.b) der Kommission vorgelegt wird, sobald der genannte Ausgabensatz erreicht ist.“*

[3] Gemäß Artikel II.7.3 und II.22 der Allgemeinen Vertragsbedingungen.

[4] In der Stellungnahme erklärte die Kommission, sie habe den Beschwerdeführer erstmals am 9. Juni 2009 über die Einziehungsanordnung unterrichtet. In seinen Stellungnahmen erklärte der Beschwerdeführer, dass dies nicht der Fall sei. Es gibt keine Kopie eines solchen Briefes in der Akte.

[5] Zitat aus dem Schreiben der Kommission vom 28. Juli 2009.

[6] Der Bürgerbeauftragte ist sich bewusst, dass die Kosten der Prüfung in diesem Betrag enthalten waren. Im Abschlussbericht forderte die Universität 68 793,77 EUR.

[7] In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Artikel 11 des Vertrags Folgendes vorsieht: *„Das Gericht erster Instanz oder der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften sind für Streitigkeiten zwischen der Gemeinschaft und dem Auftragnehmer in Bezug auf die Gültigkeit, die Anwendung oder die Auslegung dieses Vertrags ausschließlich zuständig.“*

[8] Der Inhalt dieser Schreiben ist in den vorstehenden Absätzen 23, 25, 26, 28 und 29 zusammengefasst.



[9] Es sei darauf hingewiesen, dass die Kommission gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e des Vertrags die dritte Vorfinanzierung 90 Tage nach Billigung des berichtigten Berichts P3 hätte zahlen müssen. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e des Vertrags: *Sind keine Anmerkungen, Änderungen oder wesentlichen Korrekturen eines der Projektfortschrittsberichte oder Jahresabschlüsse erforderlich oder genehmigt die Kommission die Berichte mehr als 45 Tage nach Eingang des Eingangs, so leistet die Kommission die angemessene Zahlung innerhalb von 90 Tagen nach Eingang der Projektfortschrittsberichte und der zugehörigen Jahresabschlüsse. Wenn innerhalb dieser Frist wesentliche Stellungnahmen, Änderungen, weitere Informationen oder Anpassungen von der Kommission angefordert werden, wird die Verzögerung mit Mitteilung durch die Kommission ausgesetzt. Der Rest der 90-tägigen Zahlungsfrist beginnt erst nach Übermittlung der erforderlichen Angaben durch den Auftragnehmer wieder .*

[10] Dieses Zitat stammt aus dem RP6-Leitfaden zu Finanzfragen (Seite 82). Den Leitfaden finden Sie unter http://ec.europa.eu/research/fp6/model-contract/pdf/fp6-guide-financial-issues-feb05_en.pdf [Link]

[11] Siehe Fußnote 8.

[12] Artikel II.1.16 der Allgemeinen Vertragsbedingungen lautet: *„Vorfinanzierung: bezeichnet jeden Teil des finanziellen Beitrags der Gemeinschaft, der vor Vorlage des Nachweises der Arbeiten für einen bestimmten Zeitraum des Projekts gezahlt wird, um entweder Vorschüsse bereitzustellen, damit die Arbeiten an dem Projekt beginnen oder mit der nächsten Phase fortgeführt werden können.“*

[13] Siehe Fußnote 8.

[14] Die Kommission übermittelte dem Beschwerdeführer eine E-Mail vom 5. September 2008 (Anlage zur Beschwerde gemäß Anhang 8), in der der Finanzbeauftragte der Kommission den Beschwerdeführer um zusätzliche Informationen in Bezug auf die Prüfbescheinigung ersuchte: *I. Audit-Zertifikat. Je nach Art des Vertrags... die beiden Referenzartikel [der Allgemeinen Vertragsbedingungen] sind nicht korrekt... wir möchten eine unterzeichnete Erklärung des Prüfers „D.P“ erhalten, in der sie nur bestätigen, dass sie den oben genannten (korrekten) Artikel in Bezug auf das bereits vorgelegte Prüfzeugnis erfüllen.*

[15] Der einzige minimale Unterschied betraf die vierte Periode: das Audit bescheinigte Kosten in Höhe von 68 932,22 EUR und der Abschlussbericht ergaben für diesen Zeitraum einen Betrag von 68 793,77 EUR (Anhang 12.1 zu den Bemerkungen). Fußnote 18 (letzter Satz) könnte auch mit der in Ziffer 46 des vorliegenden Empfehlungsentwurfs beschriebenen Erklärung der Kommission verglichen werden.

[16] Auf Seite 12 der Prüfbescheinigung bestätigte der Prüfer (MS DP) unter Ziffer I, dass das Projekt am 31. Mai 2008 abgeschlossen war und alle im Vertrag vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt wurden. Auf Seite 11 in den Punkten V.1, 4 bzw. 5 bescheinigte sie, dass die



Universität zwischen dem 1. Juni 2004 und dem 31. Mai 2008 i) 202 401 EUR, 46 der „Mittel des Projekts“ erhalten hat; (II) die Universität hat 201 898,18 EUR für die „Projektmittel“ ausgegeben (ausgenommen die Kosten des Audits); und iii) die Universität musste der Kommission 999,24 EUR zurückgeben (ohne die Kosten des Audits). Darüber hinaus bescheinigte sie in Punkt V.7 auf Seite 11, dass die Universität ihre Eigenmittel in Höhe von 9 217,63 EUR für das Projekt ausgab. Schließlich stellt sie auf Seite 10 die Jahresrechnungen der Projektkosten vom 1. Juni 2004 bis 31. Mai 2008 vor. Die Kosten wurden in einer Tabelle dargestellt, in der die Kosten für jeden Berichtszeitraum P1-P4 separat aufgeführt sind („Rozliczenie kosztów projektu za okres od 1.6.2004 do 31.5.2008 r.“) Die Kosten des Projekts „übertragen“ von der Universität und vom Prüfer für Zeitraum 1 bescheinigt wurden 47 110 EUR; für Zeitraum 2: 51 967,27 EUR; für Zeitraum 3: 32 450,87 EUR und für Zeitraum P4: 68 932,22 EUR.

[17] Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e des Vertrags: *Sind keine Anmerkungen, Änderungen oder wesentlichen Korrekturen eines der Projektstätigkeitsberichte oder Jahresabschlüsse erforderlich oder genehmigt die Kommission die Berichte mehr als 45 Tage nach Eingang des Eingangs, so leistet die Kommission die angemessene Zahlung innerhalb von 90 Tagen nach Eingang der Projektstätigkeitsberichte und der zugehörigen Jahresabschlüsse. Wenn innerhalb dieser Frist wesentliche Stellungnahmen, Änderungen, weitere Informationen oder Anpassungen von der Kommission angefordert werden, wird die Verzögerung mit Mitteilung durch die Kommission ausgesetzt. Der Rest der 90-tägigen Zahlungsfrist beginnt erst nach Übermittlung der erforderlichen Angaben durch den Auftragnehmer wieder .*

[18] Siehe das Schreiben der Kommission an die Koordinatoren der Marie-Curie-Stipendien vom 3. Dezember 2007.

[19] Siehe Fußnote 2.

[20] Artikel II.5.5 der Allgemeinen Vertragsbedingungen und Artikel 8 des Vertrags.

[21] In seinen Erklärungen führte der Beschwerdeführer aus, dass das polnische Finanzministerium 2005 die Universitätsgelder für die gleiche Forschung, die unter das Projekt fällt, gewährt habe (585 000 PLN).

[22] Siehe oben, Randnr. 40.

[23] Der Bürgerbeauftragte stellt mit Besorgnis fest, dass die Kommission ihm in ihrer Stellungnahme nicht mitgeteilt hat, dass die Universität die Einziehungsanordnung bereits zurückgezahlt hat. Aus den Bemerkungen des Beschwerdeführers geht hervor, dass die Universität am 9. Dezember 2009 der Einziehungsanordnung nachgekommen und der Kommission den geschuldeten Betrag in zwei Pauschalbeträgen zurückgezahlt hat: 55 307,33 EUR und dann 9 025,49 EUR.

[24] Gemäß der Praxis des Bürgerbeauftragten wurde dem Beschwerdeführer nur die polnische Fassung der Stellungnahme übermittelt.



[25] Beschluss des Europäischen Parlaments vom 9. März 1994 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (94/262/EGKS, EG, Euratom), ABI. L 113, S. 15.

[26] Die Kommission legte ihrer Antwort eine Kopie ihres Schreibensentwurfs an den Rektor der Universität bei.